



01.03.2010

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Schule und Berufsbildung
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Leistungsbeschreibung

Informationskampagne zur Hamburger Schulreform

Die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) der Freien und Hansestadt Hamburg sucht für eine Informationskampagne zur Hamburger Schulreform eine Agentur für die strategische Beratung und Umsetzung von konkreten Einzelprojekten. Für die Informationskampagne steht voraussichtlich ein Betrag von 200.000 Euro (inkl. MwSt.) zur Verfügung.

1. Leistungsrahmen

Für den Auftrag kommen nur Bewerber in Betracht, die bereits vergleichbare Leistungen erbracht haben. Diese sind durch Referenzen über erbrachte ähnliche/vergleichbare Leistungen zu belegen. Insbesondere ist eine ausgewiesene Kompetenz in der politischen Kommunikation erforderlich.

Folgende Leistungen werden benötigt:

- Bewertung der bisherigen Kommunikationsmaßnahmen
- Überprüfung der inhaltlichen Zuspitzung und der Botschaften, evtl. Überarbeitung
- Entwicklung eines Kampagnenkonzepts mit einer detaillierten Kostenkalkulation für die vorgeschlagenen Maßnahmen. Die Angebotspreise sind als Festpreise abzugeben (inkl. MwSt. und aller Nebenkosten)
- Präsentation des Konzepts
- Vorbereitung, Begleitung und Steuerung der ausgewählten Maßnahmen

Die Bewerber werden zudem gebeten, ihre Stundensätze (inkl. MwSt.) anzugeben für:

- Geschäftsführung
- Direktion
- Senior-Ebene
- Junior-Ebene
- Stundensatz pauschalisiert über alle Funktionen in der Agentur

Zuschlagskriterien sind neben dem Agenturhonorar (30 Prozent), die Kreativität (35 Prozent) und die Effektivität der vorgeschlagenen Maßnahmen (35 Prozent).

2. Ausgangslage

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL wurde die Einführung einer sechsjährigen Primarschule („längeres gemeinsames Lernen“), der Stadtteilschule und des sechsstufigen Gymnasiums bis zum Schuljahr 2010/11 vereinbart. An beiden weiterführenden Schulformen können die Schülerinnen und Schüler alle Abschlüsse bis zum Abitur ablegen – am Gymnasium nach 12 Jahren und an der Stadtteilschule nach 13 Jahren. Ob das Kind in der Lage ist, den Anforderungen des sechsjährigen Gymnasiums zu entsprechen, entscheidet die Lehrerkonferenz auf der Basis eines mehrstufigen Bewertungsverfahrens. Neben dieser Änderung der Schulstruktur steht eine Verbesserung des Unterrichts hin zu einer individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt der Schulreform.

2.1. Ziele der Schulreform

Mehr Gerechtigkeit durch längeres gemeinsames Lernen: Alle Kinder und Jugendlichen sollen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten bekommen – unabhängig davon, aus welcher Familie sie stammen oder wie schnell sie in ihrer Lernentwicklung sind. Nach Klasse 6 bessere Prognosen als nach Klasse 4: Je älter ein Kind beim Wechsel auf eine weiterführende Schule ist, desto besser lässt sich

abschätzen, welche Schulform für das Kind am besten ist. Weniger soziale Ungleichheiten: Je älter ein Kind beim Wechsel auf eine weiterführende Schule ist, desto schwächer ist der familiäre Einfluss auf die Lernleistungen.

Mehr Leistung durch individuellen Unterricht: Alle Kinder und Jugendlichen sollen den für sie höchstmöglichen Schulabschluss erreichen und niemand soll die Schule abbrechen. Gezielte Einzelförderung: Je nach dem jeweiligen Leistungsstand und den eigenen Fähigkeiten arbeiten jeder Schüler und jede Schülerin an speziellen Aufgaben. Keine Über- oder Unterforderung: Alle lernen selbstständiger und weniger im Frontalunterricht, die Lehrkräfte werden zu Lernberatern.

Mehr Chancen durch zwei Wege zum Abitur: Mehr Schülerinnen und Schüler sollen das Abitur schaffen, ohne dabei durch Schulformwechsel behindert zu werden. Keine Sackgasse: An beiden weiterführenden Schulformen, dem Gymnasium und der Stadtteilschule, werden alle Abschlüsse angeboten. Keine Umwege: Spätstarter haben an der Stadtteilschule ein Jahr mehr Zeit sich zu entwickeln und machen dort ihr Abitur nach Klasse 13 (am Gymnasium: Klasse 12).

Vorteile der Kombination „längeres gemeinsames Lernen“ und „individueller Unterricht“
Im klassischen Frontalunterricht fokussieren sich die Lehrkräfte auf das breite Leistungsmittelfeld ihrer Klasse, unter- und überdurchschnittlich begabte Schülerinnen und Schüler kommen dabei mitunter zu kurz. Aufgelöst wurde dieses Problem (bzw. wird es in anderen Bundesländern weiterhin) zum Beispiel durch eine frühzeitige Aufteilung der Leistungsgruppen nach Klasse 4 auf verschiedene Schulformen.

Die Philosophie des längeren gemeinsamen Lernens bis Klasse 6 steht dem diametral entgegen. Eine frühzeitige Aufteilung ist hier nicht mehr nötig, weil die Kinder nicht mehr frontal sondern individuell unterrichtet werden und jedes Kind entsprechend seinen Stärken und seinem Lernstand gefördert wird (Beispiele siehe: <http://www.schulreform.hamburg.de/film1/>).

Die Nachteile der frühen Aufteilung können so umgangen werden (Prognosen für die weiterführenden Schulen oft nicht zutreffend etc.) und die Vorteile des längeren gemeinsamen Lernen genutzt werden (z. B.: Schwächere lernen von Stärkeren durch ihr Vorbild und Stärkere lernen von Schwächeren indem sie ihnen helfen/erklären und so vertiefen, was sie selbst schon verstanden haben).

Hinzu kommt, dass mit der Schulreform Lehrkräfte aus den weiterführenden Schulen (also Stadtteilschule und vor allem Gymnasium) ab der 4. Klasse in den Primarschulen den Fachunterricht übernehmen (2. Fremdsprache, Gesellschaft, Naturwissenschaften und Technik). Der Vorteil:

- Die Kinder erhalten ein Jahr früher als bislang Fachunterricht.
- Der Übergang in die weiterführenden Schulen wird leichter (bisher sind die Kinder nicht nur durch den Wechsel in eine neue Schule und Schulform gefordert; sie bekommen auch noch eine Reihe neue Fächer hinzu).
- Die Fachlichkeit der weiterführenden Schulen wird mit den Stärken der Grundschulpädagogik kombiniert. Das ist gut für die Kinder und die Lehrkräfte lernen den Erfahrungsschatz der jeweils anderen Schulform kennen.

Weitere Informationen zu den Hintergründen der Schulreform und vor allem der Primarschule:
<http://www.hamburg.de/contentblob/1439604/data/hms-sonderheft2009.pdf>

2.2. Weitere Maßnahmen der Schulreform

Neben der Änderung der Schulstruktur und der Einführung des individuellen Unterrichts fußt die Schulreform auf weiteren Maßnahmen:

- kleinere Klassen, mehr Lehrer
- keine Wiederholung von Klassen
- weniger Abschieben von Kindern
- mehr Ganztagschulen
- bessere Elternbeteiligung und Leistungsrückmeldungen
- Klassenlehrerprinzip bleibt erhalten

- Lehrkräfte arbeiten verstärkt in Teams
- Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte zu neuen Unterrichtsmethoden

2.3. Informationsmaßnahmen bis dato

Seit Amtsantritt der Bildungssenatorin Christa Goetsch wurden verschiedene Informationsmaßnahmen umgesetzt. Maßgeblich waren dabei 22 sogenannte Regionale Schulentwicklungskonferenzen (RSK) in denen zwischen September 2008 und Mai 2009 fast 2.000 Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie andere Experten intensiv über die Schulreform informiert wurden, um auf dieser Basis detaillierte Empfehlungen für die Schulstandortplanung in ihrer Schulregion zu erarbeiten. Insgesamt wurden dazu 108 Sitzungen hamburgweit abgehalten (<http://www.schulreform.hamburg.de/rsk/>). Ergänzend fanden folgende Maßnahmen statt:

Herbst 2008

- Entwicklung des Schulreform-Slogans und der Wortmarke „Eine kluge Stadt braucht alle Talente“
- Faltblatt zur Schulreform (Verteilung über die Schulen an alle Eltern) (<http://www.schulreform.hamburg.de/contentblob/1581490/data/flyerneu.pdf>)
- Einrichtung einer Telefon-Hotline

Winter 2008/09

- Broschüre zur Schulreform (Verteilung über die Schulen an alle Eltern, Postversand an Entscheidungsträger und Multiplikatoren)
- Produktion einer DVD (<http://www.schulreform.hamburg.de/film1/>) mit Erfolgsbeispielen für moderne Schulen und innovativen Unterricht (Verteilung an Entscheidungsträger und Multiplikatoren)
- Infoposter zur Schulreform (Verteilung an alle Schulen)

Sommer 2009

- Start eines umfangreichen Internetauftritts (www.schulreform.hamburg.de), gleichbleibend rund 5.000 neue Besucher pro Monat
- Citylight-Plakate „Hamburger Bildungsoffensive“ auf 300 Stadtinformationsflächen (1 Woche)



Herbst 2009

- Anzeigen in allen Hamburger Wochenblättern (4 Wochen, 10 s/w-Kleinanzeigen/Ausgabe)
- Seitenscheibenplakate „Sechs Richtige“ in U-Bahnen (4 Wochen, 906 Exemplare)
- Infoscreen-Anzeigen „Sechs Richtige“ in U-Bahnen (1 Woche: 5 sek. Standbild alle 10 Minuten)
- Citylight-Plakate „Sechs Richtige“ auf 300 Stadtinformationsflächen (1 Woche)

Anfang dieses Jahres wurde die Broschüre aktualisiert (Motto „Mit allen an die Spitze“) (<http://www.schulreform.hamburg.de/contentblob/1586434/data/broschuere-bildungsoffensive.pdf>) und über die Schulen an alle Eltern von Kindern in den 1. und 5. Klassen verteilt (im Rahmen der Anmeldeurunde zum Schulanfang bzw. Wechsel in eine weiterführende Schule). Darüber hinaus haben seit Amtsantritt alle Eltern über die Schulen elf Briefe (<http://www.schulreform.hamburg.de/schulbriefe/>) erhalten, in denen sie detailliert über die Schulreform und ihre Umsetzung informiert wurden. Unregelmäßig wird ergänzend ein E-Mail-Newsletter (<https://www.bsb-hamburg.de/archiv.html>) mit aktuellen Themen an einen stetig wachsenden Abonnementkreis versendet (zurzeit 8.500 Abos).

Die Senatorin und mehrere Behördenmitarbeiter sind zudem laufend als Referenten auf Informations- und Diskussionsveranstaltungen eingeladen. Zurzeit ist in Planung, dass bis zu den Sommerferien an zahlreichen Schulen Veranstaltungen stattfinden. Hier sollen zum einen die Lehrkräfte detailliert über die Schulreform und die daraus für sie resultierenden Möglichkeiten und Anforderungen informiert werden. Zum anderen wird es Veranstaltungen geben, zu denen Eltern und Interessierte aus dem Stadtteil einladen sind, um sich zu informieren und Fragen zu stellen – sowohl generell zur Schulreform als auch speziell zu den Planungen am jeweiligen Schulstandort.

Botschaften

Das Hamburger Schulsystem ist ungerecht und zu wenig leistungsfähig. Es produziert zu viele Schulabbrecher und zu wenige Abiturienten. Hamburgs Schülerinnen und Schüler verdienen:

- mehr Gerechtigkeit durch längeres gemeinsames Lernen
- mehr Leistung durch individuellen Unterricht
- mehr Chancen durch zwei Wege zum Abitur

2.4. Volksentscheid

Im Zuge der Umsetzung der Schulreform kam es zunächst zu einem erfolgreichen Volksbegehren (184.500 Unterschriften) durch die Initiative „Wir wollen lernen“. Text des Volksbegehrens:

„Ich fordere die Bürgerschaft und den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, von einer Ausgliederung der Klassen 5 und 6 aus den Gymnasien und anderen weiterführenden Schulen sowie von deren Anbindung an die Grundschulen als "Primarschulen" abzusehen. Denn ich bin dafür, dass die Hamburger Gymnasien und weiterführenden Schulen in der bisherigen Form, d. h. beginnend mit der Unterstufe ab Klasse 5, erhalten bleiben und die Eltern auch in Zukunft das Recht behalten, die Schulform für ihre Kinder nach der Klasse 4 zu wählen. Für den Fall, dass gegenteilige Maßnahmen während dieses Volksgesetzgebungsverfahrens eingeleitet oder vollzogen werden, sind sie unverzüglich rückgängig zu machen.“

Die anschließenden Verhandlungen mit der Initiative zur Abwendung eines Volksentscheides scheiterten. Der Volksentscheid wird voraussichtlich am 18. Juli 2010 stattfinden (die Briefwahlunterlagen werden zum 7. Juni 2010 an alle Wahlberechtigten verschickt). In Reaktion darauf haben die Koalitionäre mit allen in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien folgende Übereinkunft getroffen:

- Zum Schuljahr 2010/11 richten die Starterschulen 5. Klassen ein, 2011/12 folgen alle Schulen, deren Gremien der Einführung nicht widersprechen, mit der Einrichtung der 5. Klassen; 2012/13 folgen alle übrigen Primarschulen. Bis zum Jahr 2011/12 haben Eltern auch nach Klasse 4 das Wahlrecht über den Besuch der weiterführenden Schulform. Bis dahin werden nach Bedarf an Gymnasien und Stadtteilschulen 5. Klassen eingerichtet.
- Das Elternwahlrecht wird in der Form auf die Primarschule übertragen, wie es derzeit nach der 4. Klasse gilt: Künftig soll es nach Klasse 6 eine Empfehlung der Primarschule für die weiterführende Schulform geben. Am Gymnasium entscheidet nach Klasse 7 die Zeugniskonferenz verbindlich, welches Kind dort bleiben kann.
- Das Büchergeld wird abgeschafft.
- Die Bürgerschaft richtet einen Sonderausschuss ein, der die Umstellung des Schulsystems Prozess begleitet.
- Parallel zum Sonderausschuss wird es eine begleitende wissenschaftliche Evaluation geben.
- An möglichst allen Statteilschulen soll eine 11. Klasse eingerichtet werden, um den Weg zum Abitur nach 13 Jahren dort attraktiv zu machen.

- Die Klassengrößen an den Primarschulen werden weiter gesenkt. In keiner Klasse sollen mehr als 23 Schüler sitzen. In KESS I und II-Schulen wird die Obergrenze der Klassenfrequenz auf 19 Kinder festgeschrieben.

2.5. Stimmung in der Bevölkerung

Nach einer Umfrage des Hamburger Abendblatts von Ende Dezember 2009 ist eine Mehrheit der Befragten für die Einführung der Primarschule, wenn das Elternwahlrecht für die weiterführende Schule erhalten bleibt (54 Prozent „sicher dafür“, 25 Prozent „sicher dagegen“, 15 Prozent noch nicht entschieden, 6 Prozent keine Angabe).

Eine neue Umfrage des NDR von Ende Februar 2010 ergab: 46 Prozent der Befragten sind für die Beibehaltung der traditionellen vierjährigen Grundschule. 45 Prozent votierten für die Einführung der sechsjährigen Primarschule. Allerdings gab es bei dieser Umfrage keine Antwortmöglichkeit, die den geplanten Erhalt des Elternwahlrechts berücksichtigt (z. B.: „Sind Sie für oder gegen die sechsjährige Primarschule, wenn das Elternwahlrecht erhalten bleibt?“).

Drei von vier Befragten (in Ostdeutschland vier von fünf) und sogar 86 Prozent der Eltern sind der Ansicht, dass Jugendliche aus allen Schichten bzw. aus allen Kulturkreisen nicht die gleichen beruflichen Chancen haben (Emnid-Umfrage von 2008: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-E5A730BA-F49CDA79/bst/xcms_bst_dms_25183_25184_2.pdf). Nur eine Minderheit ist also der Ansicht, dass unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft für alle Jugendlichen berufliche Chancengleichheit besteht.

2.6. Kommunikationsdefizite

Viele Bürgerinnen und Bürger sind wenig oder falsch informiert über die Schulreform. Das zeigen Nachfragen bei unserer Hotline. Neben der grundsätzlichen Frage, wie lange die Primarstufe dauert und ob es ein Elternwahlrecht gibt, zeigte zum Beispiel eine BILD-Umfrage von Anfang Dezember 2009 folgendes Bild: 78 Prozent sprachen sich dafür aus, dass die Klassen verkleinert und mehr Lehrer eingestellt werden. Beide Aspekte sind zentrale Einzelmaßnahmen der Schulreform, wurden aber offensichtlich nicht ausreichend kommuniziert.

Mögliche Gründe für die Stimmung in der Bevölkerung und die Kommunikationsdefizite:

- Die Reichweite der gewählten Kommunikationsmedien war nicht ausreichend. Es ist zum Beispiel nicht gelungen, das Informationsangebot der Bildungsbehörde im Internet umfangreich bekannt zu machen (siehe 1.3.: gleichbleibend rund 5.000 neue Besucher pro Monat).
- Missverständnisse, die durch verkürzte Berichterstattung und Wahrnehmung entstehen (z. B. „Statt Geld in Neubauten zu stecken, sollten die Klassenfrequenzen gesenkt und mehr Lehrkräfte eingestellt werden.“ Für die Einführung der Primarschule wird aber nur ein geringer Teil der eingeplanten Mittel ausgegeben; das meiste Geld wird investiert, um den bestehenden Sanierungsstau an den Schulen aufzulösen.)
- Missverständnisse, die durch Unterinformiertheit und Misstrauen entstehen (z. B. „Sollen jetzt alle Kinder Abitur machen? Das geht doch nicht!“)
- Gerüchte, die durch eine unzutreffende Berichterstattung entstehen (z. B. Abschaffung der Vorschule, Abschaffung der Sonderschulen, Abschulung von Gastschülern nach der 6. Klasse)
- Die Tatsache, dass die laufende Umsetzung der Schulreform viele Fragen bei Eltern und bei Lehrern produziert, die oft nicht zeitnah beantwortet werden konnten („Die Schule weiß nicht Bescheid“ bzw. „Die Behörde macht keine klaren Aussagen“).
- Angst von Eltern, dass ihre Kinder Leidtragende der Schulreform werden („Versuchskaninchen“)
- Die Komplexität des Themas, das nicht pointiert genug und für unterschiedliche Zielgruppen angepasst vermittelt wurde; z. B. die Vorteile der Kombination von längerem gemeinsamen Lernen und individuellem Unterricht, die nicht auf Anhieb nachvollziehbar sind: Viele Eltern wissen nicht, wie eine moderne Schule und individueller Unterricht aussehen, und übertragen ihre eigenen Schulerfahrungen aus dem klassischen Frontalunterricht auf heute. Sie können sich deshalb nicht vorstellen, wie längeres gemeinsames Lernen funktionieren soll und welche Vorteile es bietet (siehe 1.1.). Beispiel: „Mein Kind ist in der 4. Klasse und sehr gut in der Schule. Warum soll es jetzt noch zwei Jahre länger mit schwächeren Kindern in einer Klasse bleiben, von denen es ge-

bremst wird? Mein Kind langweilt sich schon jetzt und sollte so bald wie möglich aufs Gymnasium wechseln!"

- Eltern bezweifeln, dass zum Start der Primarschule genug Lehrkräfte für den individuellen Unterricht fortgebildet sein werden (tatsächlich haben dies bereits fast die Hälfte der Hamburger Lehrkräfte getan; zudem gibt es ein Programm, in dem Schulen bei Schulen hospitieren, die bereits erfolgreich mit modernen Unterrichtsmethoden arbeiten)
- Eltern sind skeptisch, dass in der 5. und 6. Klassen an den Primarschulen ein Niveau im Fachunterricht wie bisher an weiterführenden Schulen gewährleistet sein wird
- Lehrer fühlen sich überfordert und befürchten, dass sie durch die Schulreform mehr arbeiten müssen – zum Beispiel weil der individuelle Unterricht mehr Vorbereitungszeit koste. Tatsächlich werden die Lehrkräfte zukünftig in Lehrerteams organisiert arbeiten und so entlastet. Die Vorbereitung findet zusammen statt, so dass nicht mehr jeder seinen Unterricht einzeln erarbeiten muss. Auch hört das „Einzelkämpferdasein“ auf und Probleme können gemeinsam gelöst werden.
- Unzufriedenheit mit Problemen im Schulalltag, die durch organisatorische Defizite in den Schulen selber entstehen (z. B.: „Es fällt so viel Unterricht aus, weil Lehrer krank sind. Die Schule hat keine Vertretung. Erst sollten solche Probleme gelöst werden, bevor man eine Reform einleitet.“)
- Reformmüdigkeit/-frust durch vorhergegangene Änderungen im Schulsystem (Einführung des Abiturs in sechs Jahren, Einführung der Profiloberstufe).
- Misstrauen bei Reformbefürwortern, dass die Schulreform weiter „verwässert“ werde (z. B. schrittweise Einführung der 5. Klasse an allen Primarschulen bis zum Schuljahr 2012/13 anstatt – wie ursprünglich geplant – flächendeckend im Schuljahr 2010/11)
- Bestehende Werthaltungen, die schwer zu ändern sind (z. B. politische Vorurteile gegenüber einer GAL-Senatorin: „Die Schulreform ist grüne Gleichmacherei“, „Frau Goetsch möchte die Elite abschaffen“; Misstrauen gegenüber Veränderungen am Symbol „Gymnasium“; Frustrationen mit dem System Schule generell).

3. Informationskampagne

3.1. Ziel der Kampagne

- Die Ziele und Hintergründe der Schulreform und die Vorteile der Primarschule sollen verständlicher kommuniziert und mehr Bürgerinnen und Bürger als bisher erreicht werden
- Der Schulreform und der Primarschule sollen ein positiveres Image erhalten

Um diese Ziele zu erreichen, ist es zum Beispiel denkbar:

- Anreize zu schaffen, damit Bürgerinnen und Bürger sich mit dem Thema „Schulreform“ detaillierter auseinandersetzen (Fehlinformationen und Missverständnisse ausräumen)
- das für eine Mehrheit wichtige Thema Chancengleichheit als ein zentrales Ziel der Schulreform noch stärker in den Vordergrund zu rücken
- die unmittelbaren Vorteile der Schulreform für Schülerinnen und Schüler (kleinere Klassen, individuelle Förderung), Eltern (mehr Ganztagschulen, bessere Elternbeteiligung) und Lehrkräfte (kleinere Klassen, Teamarbeit) zu betonen
- das Vertrauen zu stärken, dass die Schulreform mit viel Engagement kompetent und geordnet umgesetzt wird (Schulorganisation, Um- und Zubauten, Lehrerfortbildung etc.)
- darzustellen, wie individueller Unterricht funktioniert, wie er das längere gemeinsame Lernen unterstützt und vorteilhaft macht und wie ein hohes Niveau im Fachunterricht in den 4., 5. und 6. Klassen der Primarschulen gewährleistet werden wird
- entscheidende Einzelmaßnahmen der Schulreform hervorzuheben, die aus Sicht der Bevölkerung wichtig sind (Elternwahlrecht bleibt; es wird mehr Lehrer und kleinere Klassen geben; sehr viele Lehrkräfte haben sich bereits für den individuellen Unterricht fortgebildet)
- die Inhalte der Übereinkunft der Bürgerschaftsfraktionen aktiv zu präsentieren und die Bedeutung klar zu machen (die festgelegten Klassenfrequenzen für die Primarschule sind z. B. so niedrig wie in keinem anderen Bundesland und schon vor der Übereinkunft wurden die Klassenfrequenzen in allen Schulformen gesetzlich geregelt – sie sind damit einklagbar und auch das in bundesweit einmalig)
- zu verdeutlichen, dass durch die Übereinkunft von allen Bürgerschaftsparteien eine breite gesellschaftliche Basis die Schulreform trägt; dass die Schulreform durch den vereinbarten „Schulfrieden“ für 10 Jahre unangetastet bleiben wird und dass sie sich auch bei einem Regierungswechsel ohne „Re-Reformen“ bewähren kann

3.2. Zielgruppe

Hauptzielgruppe waren bislang Eltern. Diese sind überdurchschnittlich stark am Thema Schulreform interessiert und über die Schulen kostengünstig erreichbar (Broschüren, Briefe, Veranstaltungen). Unklar ist jedoch, wie effizient dieser Kommunikationskanal ist.

Die meisten Anrufe bei unserer Hotline mit grundsätzlicher Skepsis oder Kritikpunkten zur Schulreform kommen von Gymnasialeltern. Primarschuleltern haben eher konkrete Fragen zur Schulorganisation oder möchten einzelne Elemente der Schulreform verstehen. Anrufe von Eltern, deren Kinder die Stadteilschule besuchen oder besuchen werden, sind selten.

Im Zuge einer effektiveren Kommunikation müssen daher alternative Kommunikationskanäle für Eltern gefunden werden sowie bessere und differenzierte Strategien für die Ansprache der unterschiedlichen Elterngruppen. Gleiches gilt für weitere Zielgruppen (z.B. Schüler und Großeltern), aber auch Personengruppen, die direkt oder indirekt keinen Kontakt mit der Schule haben.

3.3. Vorgaben

Im Vorfeld eines Volksentscheids gibt es für Behörden keine "Neutralitätspflicht" wie bei Wahlen. Allerdings gilt weiterhin ein "Sachlichkeitsgebot". Möglich sind daher Informationen mit deutlichen, auch werbenden (aber sachlich zutreffenden) Äußerungen zu den Vorteilen der Schulreform. Insgesamt sollte die Richtung zunächst informativ und dann emotionalisierend sein.

Für alle Maßnahmen ist das Hamburg-Design einzuhalten (<http://www.marketing.hamburg.de/Markte-Hamburg.64.0.html>).